

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	17
Erster Teil: Die Entwicklungszusammenarbeit der EU – Politisierung und Verrechtlichung	23
A. Die politische Dimension der europäischen EZ	24
I. Die Anfänge der Politisierung bis zum Abkommen von Cotonou	25
1. Von der überseeischen Assoziation zu den Abkommen von Lomé	25
2. Der Einzug der Menschenrechte in die EZ – Lomé II und III	26
3. Die Konditionalität in der EZ – Lomé IV	27
II. Die politische Dimension der EZ im Abkommen von Cotonou	29
1. Traurige Bilanz und neue Impulse nach 25 Jahren Lomé	29
2. Die Verhandlungen über das neue Abkommen	31
3. Die wichtigsten Inhalte des Abkommens	33
4. Institutionen der AKP-EU-Partnerschaft	37
5. Die Revision des Abkommens im Jahr 2005	38
III. Die EU als weltweiter entwicklungspolitischer Akteur	39
1. Die globale Dimension der europäischen EZ	39
2. Der »Europäische Konsens« – eine gesamteuropäische Entwicklungsvision	42
B. Das europäische Entwicklungsrecht	43
I. Die EZ im EG-Vertrag	44
1. Entwicklungspolitische Ziele im Primärrecht des EG-Vertrages	44
2. Komplementarität, Kohärenz und Koordinierung	46
3. Die EZ in ihrem internationalen Rahmen	48
II. Drittstaatsabkommen und die Menschenrechts- und Demokratiekláuseln	50
III. Das Sekundärrecht für die Entwicklungszusammenarbeit	51
1. Das Sekundärrecht nach der Reform der Außenhilfe	51
a) Geografische Instrumente	52
b) Horizontale Instrumente	53
2. Das Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit	55
a) Gemeinsame Prämissen für geografische Programme	56
b) Thematische Programme	58
IV. Uneigentliche Rechtsakte und Entwicklungsrecht	59

1. Das »soft law« der europäischen EZ	59
2. Die Rolle uneigentlicher Rechtsakte für die europäische EZ	60
Zusammenfassung des ersten Teils und Ausblick: Die europäische EZ	62
Zweiter Teil: Das Good Governance-Konzept der europäischen EZ	65
A. Der Begriff Good Governance – Herkunft und Verwendung in der EZ	66
I. Die »Entdeckung« von Good Governance als entwicklungspolitisches Konzept	66
1. Internationale Verwendung des Begriffs Good Governance in der EZ	66
2. Good Governance-Konzepte der 1990er Jahre	67
a) Das Good Governance-Konzept der Weltbank	69
b) Das Good Governance-Konzept der OECD	70
3. Der gemeinsame Nenner	72
4. Kritik an diesen Konzepten	74
5. Zwischenergebnis	76
II. Der Einzug des Konzepts Good Governance in die europäische EZ	77
1. Die Implementierung des Begriffs	77
2. Die Rolle des Europäischen Parlaments	81
3. Good Governance und das europäische Entwicklungsrecht	84
B. Inhalte und Elemente des Konzepts Good Governance	86
I. Die vertragliche Definition als Ausgangspunkt	87
1. Art. 9 Abs. 3 Cotonou: »Good Governance im engeren Sinne«	87
2. Die einzelnen Elemente von Good Governance in Art. 9 Abs. 3 Cotonou	88
a) Transparente und verantwortungsvolle Institutionen sowie klare Beschlussfassungsverfahren für Behörden	88
b) Effizienz	89
c) Vorrang des Gesetzes bei der Verwaltung und Verteilung der Ressourcen	90
d) Bekämpfung der Korruption	91
3. Art. 9 Abs. 3 Cotonou und Good Governance i.w.S.	91
4. Zwischenergebnis: 1. Stufe der Konkretisierung	93
II. Good Governance im weiteren Sinne	94
1. Der weite Good Governance-Ansatz in der europäischen EZ	94
a) Die Mitteilung der Kommission »Governance in Entwicklungsländern«	94
b) Die Reaktion des Europäischen Parlamentes	96
c) Anregungen und Reaktionen aus den Mitgliedstaaten	96
aa) Good Governance in der deutschen EZ	97

bb) Die französische »gouvernance démocratique«	98
cc) SIDA und Good Governance	98
dd) Danida und Good Governance	99
ee) Das britische Good Governance-Konzept	100
ff) Good Governance in der österreichischen EZ	101
d) Good Governance im »Europäischen Konsens« als Ergebnis der Harmonisierung	101
2. Die einzelnen Elemente von Good Governance i.w.S.	102
3. Zwischenergebnis	106
C. Good Governance, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	107
I. Das Verhältnis von Good Governance zu den Menschenrechten, den demokratischen Grundsätzen und dem Rechtsstaatsprinzip	107
1. Die Achtung der Menschenrechte, die demokratischen Grundsätze, das Rechtsstaatsprinzip und die verantwortungsvolle Staatsführung als gleichberechtigte Voraussetzungen nachhaltiger Entwicklung	107
2. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Elemente von Good Governance i.w.S.	110
II. Verknüpfungen und Interdependenzen	111
1. Good Governance i.e.S. und die Achtung der Menschenrechte	111
a) Überschneidungen, Unterschiede und Interdependenzen	111
b) Good Governance und die Menschenrechte in der europäischen EZ	115
2. Das Rechtsstaatsprinzip und Good Governance	117
3. Good Governance und die demokratischen Grundsätze	118
4. Democratic Governance	120
III. Überblick über die Verknüpfungen zwischen den Elementen von Good Governance i.w.S.	123
D. Der weite Anwendungsbereich von Good Governance	126
I. Konzeptionelle Weichenstellung	127
1. Democratic Governance: Das neue weite Konzept der Kommission	127
2. Der breite Anwendungsbereich von Good Governance	131
II. Sicherheit, Migration und Good Governance	133
1. Sicherheit und Good Governance	133
2. Migration und Good Governance	135
III. Die Verknüpfung von Querschnittsaufgaben: Gleichstellungsaspekte verantwortungsvoller Staatsführung	137
1. Die Geschlechtergleichstellung in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit	137
a) Das europäische Gender-Konzept	137
b) Die Geschlechtergleichstellung im Entwicklungsrecht	140
aa) Die Gleichstellung der Geschlechter im Primärrecht	140
bb) Die Geschlechtergleichstellung im Sekundärrecht der EZ	142

cc) Die Gleichstellung der Geschlechter im Abkommen von Cotonou	144
2. Gender und Good Governance	146
a) Verknüpfungen und Interdependenzen	146
b) Gender und Good Governance-Programme	148
Zusammenfassung und Fazit des zweiten Teils	149

Dritter Teil: Die Um- und Durchsetzung von Good Governance in der europäischen EZ

A. Die negative Konditionalität	152
I. Konsultations-/Nichterfüllungsklauseln in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	153
1. Die Konditionalität nach Art. 96 Cotonou	154
2. Die Aussetzungsklausel des FIEZ	156
3. Rechtsgrundlagen für Nichterfüllungs- und Aussetzungsklauseln im Primärrecht und Kompetenzfragen	157
II. Negative Konditionalität in Bezug auf Good Governance	158
1. Die Konditionalität nach Art. 97 Cotonou	158
2. Indirekte Konditionalität in Konsultationsverfahren nach Art. 96 Cotonou	161
a) Zusätzliche Verpflichtungen zur Förderung von Good Governance anlässlich der Konsultationsverfahren nach Art. 96 Cotonou	161
b) Mängel der Regierungsführung als zusätzliche Begründung für Konsultationsverfahren nach Art. 96 Cotonou	164
3. Rechtliche Bewertung negativer Konditionalität in Bezug auf Good Governance	166
a) Negative Konditionalität im Rahmen der Vorgaben des Abkommens von Cotonou	167
b) Die Aussetzung vereinbarter Finanzhilfen	169
c) Fazit: Spielräume und Grenzen der Konditionalität	170
B. Positive Maßnahmen zur Förderung von Good Governance	172
I. Das Mainstreaming	173
1. Rechtsgrundlagen für das Mainstreaming	173
2. Die horizontale Analyse	175
3. Die vertikale Analyse	176
II. Der politische Dialog	178
1. Rechtsgrundlagen für den politischen Dialog	178
2. Good Governance und der politische Dialog	179
III. Der Ausbau von Kapazitäten und die Entwicklung von Institutionen	182

1. Rechtsgrundlagen für den Kapazitätsausbau	182
2. Die Praxis des Kapazitätsausbaus	185
3. Fazit: Kapazitätsausbau in allen Bereichen	186
IV. Die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren und lokalen Behörden	186
1. Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in der europäischen EZ	186
2. Rechtsgrundlagen für die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren	188
a) Nichtstaatliche Akteure im Abkommen von Cotonou	188
b) Das thematische Programm »Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess«	190
c) Das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte und nichtstaatliche Akteure	193
3. Die Praxis der Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren im Bereich Good Governance	194
4. Nichtstaatliche Akteure als Governance-Adressaten und -Akteure	197
C. Good Governance und Budgethilfen	198
I. Rechtsgrundlagen für die Gewährung von Budgethilfen	200
1. Art. 61 Cotonou und Art. 25 FIEZ	200
2. Konkretisierung durch die General Budget Support Guidelines	201
II. Budgethilfen und Good Governance: Konditionalität und positive Maßnahme	203
1. Die Konditionalität in Bezug auf Good Governance	204
2. Positive Förderung von Good Governance durch Budgethilfen	207
D. Positive Konditionalität in Bezug auf Good Governance	209
I. Das Governance-Profil	212
1. Die Dimensionen des Governance-Profiles	212
2. Das Governance-Profil als analytisches Instrument	213
II. Die Anreiz-Reserve in den Rechtsgrundlagen	214
E. Eigenverantwortung als Leitprinzip der Good Governance-Förderung	216
I. Eigenverantwortung als Prämisse der Zusammenarbeit im Bereich Good Governance	217
1. Das Prinzip der Eigenverantwortung	217
a) Eigenverantwortung als Grundsatz der EZ	217
b) Eigenverantwortung in den Rechtsgrundlagen	218
c) Eigenverantwortung in der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Afrika	220
2. Eigenverantwortung und Good Governance	221
II. Eigenverantwortung und afrikanische Perspektiven	223
1. Die AU	223
2. Die African Charter on Democracy, Elections and Governance	225

3. NEPAD und der APMR	226
a) Das NEPAD-Dokument	227
b) Die Declaration on Democracy, Political, Economic and Corporate Governance	228
c) Der APMR	229
d) Ghana und der APRM	232
4. Die EU und afrikanische Initiativen	234
F. Bad Governance, fragile Staaten und schwierige Partnerschaften	236
I. Terminologie und Kategorisierung in der europäischen EZ	237
II. Good Governance und fragile Staaten	241
1. Die Förderung von Good Governance in fragilen Staaten	241
2. Fragile Staatlichkeit und Good Governance im europäischen Entwicklungsrecht	243
Zusammenfassung und Fazit des dritten Teils	245
Vierter Teil: Conclusio und Ausblick	247
A. Conclusio – Good Governance im Europäischen Entwicklungsrecht	247
B. Ausblick – Good Governance und das Entwicklungsvölkerrecht	251
Literaturverzeichnis	255
Dokumentenverzeichnis (Auswahl)	266